

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden,
Haben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto:
Gebr. Krensch, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkath.

Bezugpreis einschließlich Bringerlohn in der 42. Woche vom 18. bis 19. Oktober 1923 000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 32 000 000 M., Einzelnummer 40 000 000 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 80 M., die 90 mm breite Reflomezeile 280 M., für auswärtige Anzeigen 100 und 350 M. Schlüsselzahl: 603 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 M.

Nr. 245

Dresden, Freitag den 19. Oktober 1923

34. Jahrg.

Verhandlungen zwischen Dresden und Berlin

Weber der Spektakel der bürgerlichen Parteien im sächsischen Landtag noch das Auftrumpfen der reaktionären Presse ändert etwas an der Tatsache, daß Herr Gehler mit seiner ultimativen Politik gegen Sachsen rasch abzuweichen muß, wie immer auch die Weiterentwicklung der Dinge gehen mag. General Müller forderte in einem Briefe „unzweideutige Antwort“ von der sächsischen Regierung über ihre Stellung zu der Ausrückung eines Ministers. Er lehnte sogar in militärischem Tone eine Ablaufzeit an: 11 Uhr. Die sächsische Regierung lehnte jede Beantwortung dieses Annehmens ab. Herr Müller entgegnete mit einem neuen Schreiben, in dem der sächsischen Regierung mitgeteilt wird, daß er „die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreitet habe“. Herr Gehler muß einlenken — das ist das Ergebnis. Die Blamage des Reichswehrministers ist eine politische und moralische, denn er muß einlenken, weil sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung, die gesamte Sozialdemokratie und auch ein großer Teil der namhaften demokratischen Presse gegen sein diktatorisches Vorgehen wandten und die Zweideutigkeit seiner Politik brandmarkten.

An den Stimmungszeichen in der demokratischen Presse ermahnt man die Anknüpfung derer, die sich im sächsischen Landtag als Demokraten aufspielen. Die politische Zeitung, der gewiß niemand eine radikale Ader andichten wird, schrieb gestern: „Das neueste Vorgehen des Generals von Müller hat tatsächlich den militärischen Ausnahmezustand nicht nur in den Augen der Sozialdemokratie kompromittiert“, es werde keinen verantwortlichen Politiker geben, „der die Stellung eines Ultimatum an die sächsische Regierung durch den Wehrkreiskommandeur für politisch tragbar im Rahmen einer Koalitionspolitik hält“. Herr Müller fehle die ruhige Hand und das rechte Augenmaß, wobei die politische Zeitung nur vergißt, aber inzwischen erfahren haben wird, daß hinter allem Herr Gehler steht. Mehrmals wie die politische Zeitung äußert sich eine Reihe liberaler Blätter, die wir zum Teil bereits zitierten. Was sie schreiben, läuft auf eine Verurteilung des demokratischen Reichswehrministers Gehler durch den namhaftesten Teil demokratischer Feiern hinaus.

Blätter von der moluskenhaften Art des Dresdner Anzeigers verurteilen Müller und Gehler zu retten, indem sie es so darstellen, als ob maßgebende Berliner Kreise das ultimative Vorgehen gegen Sachsen für richtig hielten. So Technisches läßt sich der Dresdner Anzeiger als „Berliner Auffassung“ melden. Vielleicht fragt er bei seinem Berliner Mitarbeiter einmal an, ob er nicht ein bißchen geschlafen hat, denn man weiß heute bereits, daß nicht nur die sozialdemokratische Parteileitung, sondern auch die sozialdemokratischen Minister gegen Gehlers Vorgehen aufgetreten sind und daß das Auffliegen der großen Koalition wieder einmal droht, wenn die Reichsregierung nicht die Verständigung mit Sachsen sucht, in der der sächsischen Regierung von vornherein bereit gewesen ist. Die tendenziöse Art, mit der der Dresdner Anzeiger arbeitet, geht auch weiter hervor aus der verzerrenden Art, in der er den Vorwärtz zitiert. Daß dem Vorwärtz die Redensarten, die der Minister Völkner in Leipzig in einer Versammlung gebraucht hat, nicht gefallen, ist etwas Unfeindliches. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir erklären, daß sie weder uns noch irgend jemand innerhalb der Sozialdemokratie als zweckmäßig und richtig erscheinen. Aber daß der Vorwärtz sich enttäuscht gegen Gehlers reichsgefährliche Politik meldet — das unterschlägt der Anzeiger. Nicht nur die Ansicht der Sozialdemokratie, sondern auch eines Teils der Demokraten und des Zentrums wird drastisch ausgeprochen vom Sozialdemokratischen Parlamentsdienst, der in einem Artikel schreibt:

Wiederholt haben wir betont, daß auch in unserer Partei über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Sachsen keine einheitliche Auffassung besteht. Selbst innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie sind die Meinungen nicht übereinstimmend und das ist in einer Partei von der Stärke der Sozialdemokratie durchaus verständlich. Aber vollkommene Einmütigkeit besteht trotzdem darüber, daß die in den letzten Tagen erfolgte Bekämpfung der sächsischen Regierung durch das Reich, zu der die sozialistischen Minister ihre Zustimmung nicht gegeben haben und nicht zu geben vermochten, unsinniger und leichtfertiger nicht erfolgen konnte, als es geschehen ist. Drei Wochen haben wir jetzt unter dem Belagerungsstand. Herr Gehler hätte also ausreichend Zeit gehabt, vor der ganzen Welt den Beweis seiner Stärke zu liefern. In Bayern ist ihm heute noch Gelegenheit gegeben, dem Paragraphen der Reichsverfassung: „Reichsrecht bricht Landesrecht“ die notwendige Geltung zu verschaffen. Darauf aber hat er verzichtet. Vor Herrn v. Raub vertritt sich der „starke Mann“ ins Maulschloß, ist er still und genügsam, während er glaubt, ultimativ gegenüber Sachsen vor-

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet, der sächsische Ministerpräsident habe an General Müller einen Brief gerichtet, in dem er erklärt, nicht an Preisgeboten zu denken und in dem er seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über die kritischen Punkte zum Ausdruck bringe.

Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, ist diese Meldung unrichtig. Dagegen hat gestern abend zwischen Müller und Zeigner eine längere Aussprache stattgefunden, bei der die Beteiligten sich bereit erklärt haben, sich über bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verständigen und nach Möglichkeit durch persönliche Verbindungen eine Lösung etwa entstehender Schwierigkeiten herbeizuführen.

gehen zu können, nachdem ein Minister dieses Landes eine Rede gehalten hat, die wir alle, und ebenso die sozialistischen Regierungsmitglieder in Dresden, für falsch und als unvereinbar mit einer Ministergemeinschaft erachteten.

Dieser unbestreitbare Unterschied in der Behandlung zweier Länder, von denen die Gesamtregierung des einen das Reichsrecht gebrochen hat, während sich bei der anderen nur ein einzelner neuer Minister gewisse Verstöße gegen amtliche Gepflogenheiten zuschulden kommen ließ, muß unwillkürlich den Eindruck erwecken, daß der Reichswehrminister den Augenblick für gekommen hielt, vergangene Differenzen, die zwischen ihm und Zeigner bestanden, neu aufleben zu lassen und zum Ausdruck zu bringen durch eine falsche Benennung der ihm vorübergehend erteilten Machtvollkommenheiten. Dann er und nicht der General Müller ist der Verantwortliche für den entstandenen Konflikt. Später Herr Müller vertritt sich der Reichswehrminister als der eigentliche Verantwortliche. Er will auf der einen Seite, wo es ihm leicht scheint, aber unangebracht ist, in sonderbarer Art der entscheidende Vorgesetzte der Reichsregierung sein, ohne hierzu die notwendigen Voraussetzungen erfüllt zu haben. Sie sind gegeben in der Wahrung des Reichsrechts gegenüber Bayern und in der Ordnung im eigenen Hause. Beide Voraussetzungen sind nicht erfüllt. In Bayern hat Herr Gehler nichts zu sagen und nach alledem, was uns im Zusammenhang mit dem Münchner Putsch in den letzten Wochen zu Ohren gekommen ist, können wir nicht behaupten, daß in der Reichswehr die Zustände zufriedenstellend sind.

Inzwischen hat der Reichswehrminister einsehen müssen, daß die von ihm betriebene ultimative Politik in Paris ist und auch er mit dem Kopf nicht durch die Wand rennen kann. Denn das ohne Zweifel ebenfalls mit seinem Einverständnis von dem

Kommandeur des Wehrkreiskommandos IV nach Ablauf des Ultimatum am Donnerstag vormittag an den sächsischen Ministerpräsidenten gerichtete Schreiben ist nichts anderes als ein vollkommener Rückzug Gehlers. Tatsächlich denkt man in Berlin nicht mehr daran, die ultimativen Drohungen wahrzunehmen. Sie hätten sicherlich das Recht der Welt überhaupt nicht erblüht, wenn der Reichsminister des Innern in den letzten Tagen nicht durch anderweitige Reichsgeschäfte außerhalb Berlins verpflichtet gewesen wäre. Soweit wir unterrichtet sind, hat er die beste Absicht, auf dem Wege der Verhandlungen mit Sachsen zu einer Einigung zu kommen. Hierbei muß selbstverständlich auch die sächsische Regierung die notwendigen Zugeständnisse machen, und wir glauben, aus guten Gründen annehmen zu dürfen, daß sie das in dem notwendigen Maße tun wird.

Die wichtigste Aufgabe bei den Auseinandersetzungen mit der sächsischen Regierung fällt zweifellos dem Reich zu. Das Reichsministerium darf nicht vergessen, daß die politische Entwicklung in Sachsen im wesentlichen mitbestimmt ist durch die Politik der angrenzenden Staaten, insbesondere Bayerns. Schließlich sind die proletarischen Hundertschaften nicht zustandekommen aus Liebe zum Soldatenpiel, sondern sie wurden naturgemäß hervorgerufen durch die Zustände in Bayern, die fortgesetzten Drohungen gegen das Reich und die Republik. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die proletarischen Hundertschaften in Sachsen gegründet worden und von ihm ausgegangen werden, wenn die Hundertschaften in Sachsen ihre Erledigung finden sollen. Deshalb sind wir der Auffassung, daß die Reichsregierung vor allem in Bayern Ordnung zu schaffen hat und die unbedingt notwendigen Entschlüsse vorzunehmen muß. Damit entnimmt sie den Hundertschaften in Sachsen die Existenzgrundlage und bietet selbst den notwendigen Anlaß zur Auflösung dieser Gebilde.

Vor allen Dingen aber scheint uns die Ausschaltung des Reichswehrministers bei den kommenden Verhandlungen mit Sachsen notwendig. Herr Gehler hat den Ausnahmezustand in den letzten Wochen in einem Sinne gehandhabt, der für einen psychologisch denkenden Politiker gänzlich unverständlich ist. Er hat sich als sonderbarer Politiker erwiesen, der jedes psychologische Moment bei der Aufstellung von praktischen Forderungen außer acht läßt, obwohl in dieser erregten Zeit das gerade besonders notwendig ist. Deshalb müssen auch in keine Umgehung, wenigstens so lange, man glaubt, ohne Ausnahmezustand nicht auskommen zu können psychologisch denkende Politiker gehen und ihnen die Mitverantwortung für alles das, was unter dem Ausnahmezustand erfolgt, aufzulegen werden. Solange das nicht der Fall ist, sondern der Geist des Militärs die Regierung führt, so lange werden Konflikte, wie wir sie in diesen Tagen erleben, nicht aufhören.

Frankreichs starres Nein!

Der Schritt der deutschen Regierung in Paris, um zu Vereinbarungen über die endliche Wiederaufnahme von Produktion, Handel und Verkehr im Ruhrgebiet zu kommen, ist von Poincaré scharf und hart zurückgewiesen worden. In der amtlichen Mitteilung der deutschen Regierung wird darüber gesagt:

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat bei seiner Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten nochmals eingehend die Auffassung der deutschen Regierung über die Herbeiführung der Verständigung in den besetzten Gebieten und über die Weiterbehandlung der allgemeinen Reparationsfrage dargelegt. Der französische Ministerpräsident hat die Wiederaufnahme der Arbeit als eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe bezeichnet, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche lokale Verhandlungen zu fördern. Der Geschäftsträger hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zerstückelung, Katalyse und Unzulänglichkeit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angelegte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen. Als wichtigsten Punkt der von der Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Stillen- und Kaskolierungen in Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei diese Finanzierungsleistungen vorzunehmen. Nachdem die Unternehmungsgebühren des Reichs eingeleistet worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß 350 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Subsidienmittel dem Verhungern preisgegeben würden und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenminen abhängig. Die deutsche Regierung sehe diese zwangsweise Entwicklung klar vor Augen, ihre ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber.

Was die weitere Behandlung der allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß auch nach Ansicht der deutschen Regierung die Verhandlungen hierüber mit allen beteiligten Mächten stattfinden müßten. Die Reichsregierung habe es für ratsam und günstig auch den Vorschlag von Poincaré geäußerten Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die

Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Länderregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Verfügungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur um die Tatsache ankomme, das allein Ausmaß der Arbeit für die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Herbeiführung der Finanzierung der Reparationen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes betrachten. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Reparationen fertig bräute, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger weiterer Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zu lassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

Diese Haltung Poincarés ist darauf gerichtet, die Katastrophe im Ruhrgebiet vollständig zu machen. Er lehnt zentrale und lokale Verhandlungen ab und fordert, daß die Reichsregierung das Ruhrgebiet von sich aus wieder zu produktiv mache, wie es vor der Besetzung war. Weiter soll die Reichsregierung wieder alle Reparationsleistungen aufzunehmen und bei den Industriebetrieben bezahlen. Ehe das nicht alles erfüllt sei, werde Poincaré auch allgemeine Reparationsverhandlungen mit der Reichsregierung ablehnen. Diese Haltung ist ein Skandal. Die Reichsregierung hat zu ihr noch nicht Stellung genommen, aber sie müßte nun erst recht ihre Verantwortlichkeit ganz präzis und substantiiert auseinandersetzen und allen Umständen unterbreiten, auf daß die Gewalt- und Anarchiepolitik von Carlos Poincaré werde.

Inzwischen behandelt Stinnes weiter. Wie der sächsische Presse aus Tübingen gemeldet wird, hat Stinnes in Verbindung von Ludowig, Faber, getreu miting, während in der über zwei Stunden lange Unterhaltung mit Herrmann der Reparationsangelegenheiten gehabt. Die Franzosen und belgischen Herren fragten Stinnes, ob die Gruben, die er betreibt, bereit seien, im Sprengden dem Pöbel abzugeben, wobei auf Reparationsleistungen zu achten. Stinnes habe darauf mit Nein geantwortet und erklärt, solange die Reparationsleistungen nicht die Zahlungen in der Höhe nicht daran abgeben werden, die belgischen Herren abzugeben.

Die Reichsregierung erklärt, daß sie von Poincaré in der Reparationsleistungen im Ruhrgebiet erhalte, so daß alle diese belgischen laufende Arbeiter vor dem Hunger sterben. Es muß also, ausgeführt sein, daß man es zu dieser Katastrophe kommen läßt.